

Bankensanierungs- und -abwicklungsgesetz (BaSAG)

herausgegeben von

**Prof. (FH) Dr. Armin Kammel,
LL.M., MBA**

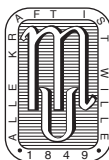
Lauder Business School, KPMG Austria,
Wien

MMag. Melitta Schütz

Bundesministerium für Finanzen, Wien

Titelei

(1. Ausgabe)



Wien 2022

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitiervorschlag:

Bearbeiter in Herausgeber, BaSAG § ... Rz ...

Ahari in Kammel/Schütz, BaSAG § 28a Rz 2

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Herausgeberin, des Herausgebers, der Autorinnen und Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-18175-8

© 2022 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: verlag@manz.at

www.manz.at

Druck: Prime Rate Kft., Budapest

Vorwort

Die globale Finanzkrise (GFC) der Jahre 2007/8 führte zu einer Zeitenwende in der Finanzmarktregulierung: Neben einem massiven quantitativen Anstieg der Regularien als Antwort auf die GFC gelang es auch, komplett neue Rechtsbereiche umzusetzen, die zur Stabilität des Finanzmarkts beitragen sollen. Einer dieser Rechtsbereiche, der vor allem aufgrund der Vermeidung zukünftiger Bankenrettungen mittels Steuergelds realisiert wurde, ist die Bankenabwicklung und -sanierung. Mit dem österreichischen Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz/BaSAG) wurde 2014 ein auf internationalen und europäischen Vorgaben beruhendes Sanierungs-, Frühinterventions- und Abwicklungsregime für Banken geschaffen.

Der vorliegende BaSAG-Kommentar beleuchtet dieses neue Rechtsgebiet umfassend, wobei vor allem auf die Sanierungs- und Abwicklungsplanung, Frühinterventionsmaßnahmen, die Abwicklungsfähigkeit, Abwicklungsstrategien, zur Verfügung stehende behördliche Instrumente, als auch Vorgaben zu MREL sowie Verfahrens- und Sanktionsaspekte beleuchtet werden.

Als Herausgeber war es von Beginn an unser Ziel, mit diesem Werk eine praktische Hilfestellung für dieses neue Rechtsgebiet zu liefern, das nur deshalb realisiert werden konnte, weil die mitwirkenden Autorinnen und Autoren diesen neuen Rechtsrahmen oft erstmalig als Wirtschafts- oder Behördenvertreterinnen und -vertreter angewandt haben oder laufend an dessen Weiterentwicklung beteiligt sind.

Zum Inhalt der Kommentierungen ist zu betonen, dass sämtliche Kommentierungen die Rechtsansichten und Auffassungen der betreffenden, jeweils in der Kopfzeile genannten Autorinnen und Autoren darstellen. Deren Ausführungen stellen eine persönliche wissenschaftliche Rechtsmeinung, aber keine offiziellen Rechtsansichten der Institutionen oder Unternehmen, in denen diese Autorinnen und Autoren tätig sind, dar.

Der vorliegende BaSAG-Kommentar startet mit einer umfangreichen Grundlieferung, die die §§ 1, 2, 4–18, 27–57, 70–74, 78–86, 87–94, 100–122, 124–130, 147, 148, 152–159 und 160–168 umfasst. Die restlichen Paragraphen sollen in einer Folgelieferung das Werk komplettieren, wobei zudem auch zeitnah Änderungen bzw. Novellen berücksichtigt werden, um das Werk immer am neuesten Stand zu halten.

Die Herausgeber danken dem Verlag MANZ für die wie immer vertrauensvolle Zusammenarbeit; Herrn Mag. *Christian Giendl* als verantwortlicher Koordinator und insbesondere Frau MMag. *Astrid Trawöger* als umsichtige und gewissenhafte Lektorin.

Wien, im Juli 2022

*Armin J. Kammel
Melitta Schütz*

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Armin Ahari, LL.M., BSc, Oesterreichische Nationalbank

Mag. **Georg Blazek**, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Partner Audit Financial Services bei KPMG Austria

Mag. **Andrea Brunner**, Leiterin Kreditrisikomanagement, HYPO Oberösterreich

Mag. **David Choma**, FMA

Dr. **Bernhard Egger**, Geschäftsführer-Stv. der WKÖ-Bundessparte Bank und Versicherung

Mag. **Maximilian Flesch**, Finanzdienstleistungs-Attaché, Ständige Vertretung Österreichs bei der EU, Brüssel, BMF

Mag. **Matthias Gruber**, BMF

Dr. Denise **Harsdorf-Enderndorf**, FMA

Dr. **Stephan Heckenthaler**, LL.M. (NYU), Partner bei Binder Grösswang Rechtsanwälte GmbH

Dr. **Ben-Benedict Hruby**, LL.M., BMF

Dr. **Friedrich Jergitsch**, Partner bei Freshfields Bruckhaus Deringer

Prof. (FH) Dr. **Armin Kammel**, LL.M. (London), MBA (CLU), Professor für Bankrecht und Finanzmarktregulierung an der Lauder Business School (LBS) in Wien; Ehrenprofessor an der Donau-Universität Krems; allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger für Bank- und Börsenwesen, Senior Manager Financial Services Advisory bei KPMG Austria

Dr. **Christoph Klampfl**, LL.M., FMA

Dr. **Peter Knobl**, Partner Financial Services Regulation bei CERHA HEMPEL Rechtsanwälte GmbH, Wien

DDr. **H. René Laurer**, em. Rechtsanwalt und Universitätsprofessor

Mag. **Victoria Pagowski**, Geschäftsleiterin, Raiffeisenbank Region Waldviertel Mitte

Mag. **Sigrid Part**, BMF

Tatjana Payr, BBA, Lauder Business School und Associate Financial Services Advisory bei KPMG Austria

Prof. Dr. **Nicolas Raschauer**, HSSH Schaffhausen, Schweiz

Univ.-Prof. DDr. **Thomas Ratka**, LL.M., Universitätsprofessor für Unternehmens- und Europarecht und Leiter des Departments für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems

Dr. **Tim Schabert**, Partner, Financial Services Advisory bei KPMG Austria

Mag. **Eva Schneider**, MSc BSc, Rechtsanwältin bei Freshfields Bruckhaus Deringer

Kammel/Schütz (Hrsg.), BaSAG, Titelei

(V)

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Priv.-Doz. Dr. **Alfred Schramm**, Internationale Angelegenheiten und Europäische Integration, FMA

MMag. **Melitta Schütz**, BMF

Dr. **Oliver Schütz**, Leiter Bankenabwicklung, FMA

Priv.-Doz. MMag. Dr. **Thomas Stern**, MBA, Abteilungsleiter Abwicklung in der FMA Liechtenstein und Privatdozent an der Universität Liechtenstein

Ing. Dr. **Christoph Urbanek**, Rechtsanwalt und Partner bei Schindler Attorneys

Dr. **Karin Zartl**, LL.M. (EUI), FMA

Paragrafenübersicht

1. Teil

Allgemeine Bestimmungen

- § 1. Gegenstand und Anwendungsbereich
- § 2. Begriffsbestimmungen
- § 3. Die Abwicklungsbehörde und das zuständige Ministerium
- § 3a. Zusammenarbeit im Einheitlichen Abwicklungsmechanismus

2. Teil

Vorbereitung

1. Hauptstück

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

- § 4. Festlegung der Planinhalte
- § 4a. Meldungen
- § 5. Widerruf vereinfachter Anforderungen
- § 6. Erleichterungen für Mitglieder von Kreditinstitute-Verbünden und institutsbezogenen Sicherungssystemen
- § 7. Verpflichtende Planerstellung der Mitglieder von Kreditinstitute-Verbünden und institutsbezogenen Sicherungssystemen

2. Abschnitt

Sanierungsplanung

- § 8. Sanierungsplan
- § 9. Inhalt des Sanierungsplans
- § 10. Indikatoren des Sanierungsplans
- § 11. Aktualisierung des Sanierungsplans
- § 12. Bewertung des Sanierungsplans
- § 13. Verbesserung des Sanierungsplans
- § 14. Verfahren zur Beseitigung eines Mangels oder potenziellen Hindernisses
- § 15. Gruppensanierungsplan
- § 16. Inhalt des Gruppensanierungsplans
- § 17. Bewertung des Gruppensanierungsplans im Wege einer gemeinsamen Entscheidung, wenn die FMA konsolidierende Aufsichtsbehörde ist
- § 18. Bewertung des Gruppensanierungsplans im Wege einer gemeinsamen Entscheidung, wenn die FMA nicht konsolidierende Aufsichtsbehörde ist

3. Abschnitt Abwicklungsplanung

- § 19. Abwicklungsplan
- § 20. Inhalt des Abwicklungsplans
- § 21. Mitwirkung bei der Erstellung von Abwicklungsplänen
- § 22. Gruppenabwicklungsplan
- § 23. Inhalt des Gruppenabwicklungsplans
- § 24. Verfahren bei der Erstellung von Gruppenabwicklungsplänen
- § 25. Verfahren für Gruppenabwicklungspläne, wenn die Abwicklungsbehörde die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist
- § 26. Verfahren für Gruppenabwicklungspläne, wenn die Abwicklungsbehörde nicht die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist

2. Hauptstück Abwicklungsfähigkeit

- § 27. Bewertung der Abwicklungsfähigkeit von Instituten
- § 28. Bewertung der Abwicklungsfähigkeit von Gruppen,
- § 28 a. Ausschüttungsbeschränkungen
- § 29. Befugnisse zum Abbau und zur Beseitigung von Hindernissen für die Abwicklungsfähigkeit
- § 30. Abbau oder Beseitigung von Abwicklungshindernissen bei Gruppen
- § 31. Abbau oder Beseitigung von Abwicklungshindernissen bei Abwicklungseinheiten und Tochterunternehmen

3. Hauptstück Gruppeninterne finanzielle Unterstützung

- § 32. Vereinbarung über gruppeninterne finanzielle Unterstützung
- § 33. Zulässigkeit und Inhalt einer Vereinbarung über gruppeninterne finanzielle Unterstützung
- § 34. Prüfungsverfahren betreffend die vorgeschlagene Vereinbarung über gruppeninterne finanzielle Unterstützung, wenn die FMA konsolidierende Aufsichtsbehörde ist
- § 35. Prüfungsverfahren betreffend die vorgeschlagene Vereinbarung über gruppeninterne finanzielle Unterstützung, wenn die FMA nicht konsolidierende Aufsichtsbehörde ist
- § 36. Zustimmung der Anteilseigner zur geplanten Vereinbarung
- § 37. Weiterleitung an die Abwicklungsbehörden
- § 38. Voraussetzungen für die Gewährung gruppeninterner finanzieller Unterstützung
- § 39. Beschluss über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung
- § 40. Anzeige der beabsichtigten Gewährung gruppeninterner finanzieller Unterstützung
- § 41. Entscheidung der Aufsichtsbehörde über die Gewährung gruppeninterner finanzieller Unterstützung durch ein Unternehmen mit Sitz im Österreich

- § 42. Mitwirkung der FMA bei der Entscheidung über die Gewährung gruppeninterner finanzieller Unterstützung durch ein Unternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat
- § 43. Offenlegungspflichten

3. Teil Frühzeitiges Eingreifen

- § 44. Frühinterventionsmaßnahmen
- § 45. Abberufung von Mitgliedern der Geschäftsleitung, des Aufsichtsrates und des höheren Managements
- § 46. Vorläufiger Verwalter
- § 47. Koordinierung der Frühinterventionsbefugnisse und Bestellung eines vorläufigen Verwalters bei Gruppen
- § 47a. Befugnis zur Aussetzung von Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen

4. Teil Abwicklung

1. Hauptstück Ziele, Voraussetzungen und allgemeine Grundsätze

- § 48. Abwicklungsziele
- § 49. Voraussetzungen für eine Abwicklung
- § 50. Anordnung von Abwicklungsmaßnahmen
- § 51. Ausfall eines Instituts
- § 52. Abwicklungsvoraussetzungen in Bezug auf CRR-Finanzinstitute und Holdinggesellschaften
- § 53. Allgemeine Grundsätze für eine Abwicklung

2. Hauptstück Bewertung

- § 54. Allgemeine Bestimmungen
- § 55. Bewertungskriterien und Unterlagen
- § 56. Zweck der Bewertung
- § 57. Vorläufige und abschließende Bewertung

3. Hauptstück Abwicklungsbefugnisse

- § 58. Allgemeine Befugnisse
- § 59. Unterbrechung eines gerichtlichen Verfahrens in Zivilsachen und Aussetzung einer Entscheidung eines Zivilgerichts
- § 60. Parteiwechsel
- § 61. Bereitstellung von Diensten und Einrichtungen

Paragrafenübersicht

- § 62. Befugnisse in Bezug auf in Drittländern belegene Vermögenswerte, Rechte, Verbindlichkeiten, Anteile oder andere Eigentumstitel
- § 63. Ausschluss bestimmter vertraglicher Bedingungen bei frühzeitigem Eingreifen und bei der Abwicklung
- § 64. Befugnis zur Aussetzung von Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen
- § 65. Befugnis zur Beschränkung von Sicherungsrechten
- § 66. Befugnis zur vorübergehenden Aussetzung von Kündigungsrechten
- § 66 a. Vertragliche Anerkennung von Befugnissen zur Aussetzung bei der Abwicklung in Drittländern
- § 67. Steuerungsübernahme
- § 67 a. Steuerungsmaßnahmen
- § 68. Abwicklungsverwalter
- § 69. Umwandlung in eine Aktiengesellschaft

4. Hauptstück Instrument der Beteiligung von Inhabern relevanter Kapitalinstrumente

- § 70. Verpflichtung zur Herabschreibung und Umwandlung relevanter Kapitalinstrumente und berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten
- § 71. Voraussetzungen für die Beteiligung von Inhabern relevanter Kapitalinstrumente
- § 72. Feststellung der Voraussetzungen für die Anwendung des Instruments der Herabschreibung und Umwandlung von relevanten Kapitalinstrumenten bei Gruppen
- § 73. Verpflichtung zur Herabschreibung und Umwandlung relevanter Kapitalinstrumente und berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

5. Hauptstück Abwicklungsinstrumente

1. Abschnitt Allgemeines

- § 74. Allgemeine Grundsätze

2. Abschnitt Instrument der Unternehmensveräußerung

- § 75. Anwendung des Instruments der Unternehmensveräußerung
- § 76. Sonstige Rechtswirkungen des Instruments der Unternehmensveräußerung
- § 77. Verfahrensvorschriften für das Instrument der Unternehmensveräußerung

3. Abschnitt Instrument des Brückeninstituts

- § 78. Anwendung des Instruments des Brückeninstituts
- § 79. Das Brückeninstitut

(X)

Kammel/Schütz (Hrsg.), BaSAG, Titelei

- § 80. Betrieb des Brückeninstituts
- § 81. Sonstige Bestimmungen für das Brückeninstitut

4. Abschnitt

Instrument der Ausgliederung von Vermögenswerten

- § 82. Anwendung des Instruments der Ausgliederung von Vermögenswerten
- § 83. Die Abbaueinheit
- § 84. Betrieb der Abbaueinheit

5. Abschnitt

Instrument der Gläubigerbeteiligung

- § 85. Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung
- § 86. Anwendungsbereich des Instruments der Gläubigerbeteiligung
- § 86a. Veräußerung nachrangiger berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten an Privatkunden
- § 87. Ausgleichsbeiträge des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus
- § 88. Bewertung des Betrags der Gläubigerbeteiligung
- § 89. Behandlung der Anteilseigner
- § 90. Abfolge der Herabschreibung und Umwandlung (Verlusttragungskaskade)
- § 91. Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung auf Verbindlichkeiten aus Derivaten
- § 92. Umwandlungsquote
- § 93. Erstellung, Genehmigung und Umsetzung eines Reorganisationsplans
- § 94. Anforderungen an den Reorganisationsplan

6. Abschnitt

Weitere Bestimmungen

- § 95. Wirksamwerden
- § 96. Widerruf der Zulassung zum Handel
- § 97. Zulassung zum Handel von neu ausgegebenen Wertpapieren
- § 97a. Anerkennung von Krisenpräventions- und Krisenmanagementmaßnahmen anderer Mitgliedstaaten
- § 98. Vertragliche Anerkennung in Drittländern
- § 99. Anwendung von Stabilisierungsmaßnahmen

7. Abschnitt

Mindestbetrag an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten

- § 100. Anwendung und Berechnung des Mindestbetrags an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten
- § 101. Berücksichtigung von Verbindlichkeiten bei Abwicklungseinheiten

Paragrafenübersicht

- § 102. Festlegung des Mindestbetrags an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten
- § 103. Mindestbetrag an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten für Abwicklungseinheiten von Global Systemrelevanten Instituten und bedeutenden EU-Tochterunternehmen von Global Systemrelevanten Instituten aus Drittstaaten
- § 104. Mindestbetrag an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten bei Abwicklungseinheiten
- § 105. Mindestbetrag an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten bei Unternehmen, die selbst keine Abwicklungseinheiten sind
- § 105 a. Ausnahmen für Kreditinstituts-Verbünde
- § 105 b. Verfahren zur Bestimmung des Mindestbetrages an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten
- § 105 c. Meldung und Offenlegung des Mindestbetrages an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten
- § 105 d. Verstöße gegen den Mindestbetrag an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten

6. Hauptstück Schutzbestimmungen

- § 106. Behandlung der Anteilseigner und Gläubiger bei partiellen Übertragungen und Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung
- § 107. Bewertung unterschiedlicher Behandlung
- § 108. Schutzbestimmungen für Anteilseigner und Gläubiger
- § 109. Schutzbestimmungen für Gegenparteien bei partiellen Vermögensübertragungen
- § 110. Schutz von Vereinbarungen über Finanzsicherheiten, Aufrechnungs- und Saldierungsvereinbarungen
- § 111. Schutz von Sicherungsvereinbarungen
- § 112. Schutz strukturierter Abwicklungsfinanzierungsmechanismen und gedeckter Schuldverschreibungen
- § 113. Partielle Übertragungen: Schutz von Handels-, Clearing- und Abwicklungssystemen

7. Hauptstück Verfahren

- § 113 a. Auskunfts- und Informationseinholungsbefugnisse sowie Vor-Ort-Prüfungen
- § 114. Mitteilungspflichten
- § 115. Entscheidungsvorbereitung der Abwicklungsbehörde
- § 116. Verfahren vor der Abwicklungsbehörde
- § 116 a. Vereinfachtes Verfahren bei Kenntnis des betroffenen Personenkreises
- § 117. Unanwendbarkeit gesellschaftsrechtlicher Vorschriften
- § 118. Rechtsmittelverfahren
- § 119. Beschränkungen von Insolvenzverfahren und sonstigen Verfahren
- § 119 a. Einschränkung der Rechtskraft von Bescheiden der Abwicklungsbehörde

8. Hauptstück Geheimhaltung und Informationsaustausch

- § 120. Geheimhaltung
- § 121. Zulässiger Informationsaustausch
- § 122. Austausch von vertraulichen Informationen mit Drittlandsbehörden

5. Teil Abwicklungsfinanzierungsmechanismus und Einheitlicher Abwicklungsfonds

- § 123. Einrichtung eines Abwicklungsfinanzierungsmechanismus
- § 123a. Nationaler Beitrag zum Einheitlichen Abwicklungsfonds
- § 123b. Ausübung der Befugnisse aus dem Übereinkommen
- § 123c. Brückenfinanzierung
- § 123d. Beitragsgebarung und -verwaltung
- § 124. Nutzung des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus
- § 125. Zielausstattung des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus
- § 126. Beiträge zum Abwicklungsfinanzierungsmechanismus
- § 127. Außerordentliche nachträglich eingehobene Beiträge
- § 128. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten
- § 129. Kreditaufnahme unter Abwicklungsfinanzierungsmechanismen
- § 130. Gegenseitige Unterstützung der nationalen Abwicklungsfinanzierungsmechanismen bei Gruppenabwicklung
- § 131. Rang in der Insolvenzrangfolge
- § 132. Inanspruchnahme von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen einer Abwicklung

6. Teil Grenzüberschreitende Gruppenabwicklung 1. Abschnitt Grenzüberschreitende Entscheidungsfindung und Information; Abwicklungskollegien

- § 133. Allgemeine Grundsätze für die Entscheidung unter Beteiligung von mehr als einem Mitgliedstaat
- § 134. Abwicklungskollegien
- § 135. Mitglieder des Abwicklungskollegiums
- § 136. Organisation des Abwicklungskollegiums
- § 137. Europäische Abwicklungskollegien
- § 138. Informationsaustausch zwischen Behörden

2. Abschnitt
Gruppenabwicklung im Zusammenhang
mit einem Tochterunternehmen der Gruppe

- § 139. Übermittlung von Informationen über die Abwicklungsvoraussetzungen
- § 140. Vorgehen, wenn die Abwicklungsbehörde nicht die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist
- § 141. Vorgehen, wenn die Abwicklungsbehörde die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist
- § 142. Gruppenabwicklungskonzept
- § 143. Unverzügliche Durchführung der Maßnahmen

3. Abschnitt
Gruppenabwicklung im Zusammenhang
mit einem EU-Mutterunternehmen

- § 144. Vorgehen, wenn die Abwicklungsbehörde nicht die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist
- § 145. Vorgehen, wenn die Abwicklungsbehörde die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist
- § 146. Unverzügliche Durchführung der Maßnahmen

7. Teil
Beziehungen zu Drittländern

- § 147. Abkommen mit Drittländern
- § 148. Zusammenarbeit mit Drittlandsbehörden
- § 149. Anerkennung und Durchsetzung der Abwicklungsverfahren von Drittländern
- § 150. Verweigerung der Anerkennung oder Durchsetzung der Abwicklungsverfahren von Drittländern
- § 151. Abwicklung von EU-Zweigstellen

8. Teil
Strafbestimmungen und sonstige Maßnahmen

- § 152. Strafbestimmungen
- § 153. Strafbestimmungen betreffend juristische Personen
- § 154. Verlängerung der Verjährungsfrist und Vollstreckung von Bescheiden [*Anm: aufgehoben durch Art. 37 Z 24, BGBl. I Nr. 107/2017*]
- § 155. Veröffentlichung von Gesetzesverstößen und Geldstrafen
- § 156. Meldungen an die EBA
- § 157. Sonstige Maßnahmen
- § 158. Wirksame Ahndung von Gesetzesverstößen
- § 158 a. Empfehlungen des Ausschusses
- § 158 b. Vollstreckung von Geldbußen und Zwangsgeldern des Ausschusses
- § 159. Verwendung von eingenommenen Geldstrafen

9. Teil Kosten, Übergangs- und Schlussbestimmungen

- § 160. Kostenbestimmung
- § 161. Übergangsbestimmungen
- § 162. Abbaugesellschaft
- § 163. Sprachliche Gleichbehandlung
- § 164. Verweise
- § 165. Gebühren und Abgaben
- § 166. Vollziehung
- § 167. Inkrafttreten
- § 168. Umsetzungshinweis

Anlage zu § 9 Informationen, die im Sanierungsplan enthalten sein müssen *[Anm.: Kommentierung bei § 9]*

Anlage zu § 21 Informationen, die die Abwicklungsbehörde für die Erstellung und Fortschreibung von Abwicklungsplänen bei den Instituten anfordern kann *[Anm.: Kommentierung bei § 21]*

Anlage zu § 27 Aspekte, die die Abwicklungsbehörde bei der Bewertung der Abwicklungsfähigkeit eines Instituts mit einzubeziehen hat *[Anm.: Kommentierung bei § 27]*

Anlage zu § 28a: Berechnung des maximal ausschüttungsfähigen Betrags in Bezug auf den Mindestbetrag an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten *[Anm.: Kommentierung bei § 28a]*

Abkürzungsverzeichnis

| | | |
|----------|---|---|
| 3L3 | = | Drei-Level-Drei |
| aA | = | anderer Ansicht |
| aaO | = | am angegebenen Ort |
| AB | = | Ausschussbericht |
| ABB | = | Allgemeine Bedingungen für Bankgeschäfte |
| ABGB | = | Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch JGS 946 |
| abl | = | ablehnend |
| ABl | = | Amtsblatt der Europäischen Union |
| ABlZW rZ | = | Amtsblatt zur Wiener Zeitung |
| ABS | = | Asset Backed Securities |
| Abs | = | Absatz |
| Abschn | = | Abschnitt |
| abw | = | Abweichend |
| ADV | = | Automationsunterstützte Datenverarbeitung |
| aE | = | am Ende |
| AEUV | = | Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl C 2008/115, 47 |
| aF | = | alte Fassung |
| AFRAC | = | Austrian Financial Reporting and Auditing Committee |
| AG | = | Aktiengesellschaft |
| AGB | = | Allgemeine Geschäftsbedingungen |
| AHG | = | Amtshaftungsgesetz BGBl 1949/20 |
| AIF | = | Alternative Investmentfonds |
| AIRB | = | Advanced Internal Ratings Based Approach (Fortgeschrittener IRB-Ansatz) |
| AktG | = | Aktiengesetz 1965 BGBl 1965/98 (Legalabkürzung: BGBl I 2009/71) |
| ALA | = | Alternative Liquidity Approaches |
| Alt | = | Alternative |
| aM | = | anderer Meinung |
| AMA | = | Advanced Measurement Approach (Fortgeschrittener Messansatz) bzw Assessment of Advanced Measurement |
| AMAO | = | Advanced Method for Additional Outflows |
| AML | = | Anti Money Laundering |
| Anh | = | Anhang |
| Anl | = | Anlage |
| Anm | = | Anmerkung |
| AnwBl | = | Österreichisches Anwaltsblatt |
| ao | = | außerordentlich, -e, -er, -es |
| AÖF | = | Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung |
| AQR | = | Asset Quality Review |
| AR | = | Aufsichtsrat, Aufsichtsräte |
| Arb | = | Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen |
| ArbVG | = | Arbeitsverfassungsgesetz BGBl 1974/22 |

Abkürzungsverzeichnis

| | | |
|-------------|---|--|
| arg | = | Argumento |
| Art | = | Artikel |
| ASF | = | Available Stable Funding-Faktor |
| ASoK | = | Arbeits- und Sozialrechtskartei |
| AT1 | = | Additional Tier 1 |
| Aufl | = | Auflage |
| ausf | = | ausführlich |
| AV | = | Aktenvermerk |
| AVA | = | Additional Valuation Adjustment |
| AVG | = | Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 BGBl 1991/51 |
| BaFIN | = | (dt) Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht |
| BaSAG | = | Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz) BGBl I 2014/98 |
| BaSaPV | = | Bankensanierungsplanverordnung BGBl II 2015/25 |
| BAWAG | = | Bank für Arbeit und Wirtschaft AG |
| BB | = | Der Betriebsberater (dt Zeitschrift) |
| BCBS | = | Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision) |
| Bd | = | Band |
| bearb | = | bearbeitet (von) |
| bes | = | besonders |
| betr | = | betreffend, betrifft |
| BFH | = | (dt) Bundesfinanzhof |
| BG | = | Bundesgesetz bzw Bezirksgericht |
| BGB | = | (dt) Bürgerliches Gesetzbuch |
| BGBI | = | Bundesgesetzblatt |
| BGH | = | (dt) Bundesgerichtshof |
| BHG 2013 | = | Bundeshaushaltsgesetz 2013 BGBl I 2009/139 |
| BIRG | = | Bankeninterventions- und Restrukturierungsgesetz BGBl I 2013/160, aufgehoben durch BGBl I 2014/98 |
| BIS | = | Bank for International Settlements |
| BIZ | = | Bank für Internationalen Zahlungsausgleich |
| BKA | = | Bundeskanzleramt |
| Blg | = | Beilage(n) |
| BlgNR | = | Beilage zu den stenographischen Protokollen des Nationalrats |
| BMEIA | = | Bundesminister(ium) für Europa, Integration und Äußeres |
| BMF | = | Bundesminister(ium) für Finanzen |
| BMI | = | Bundesminister(ium) für Inneres |
| BMJ | = | Bundesminister(ium) für Justiz |
| BörseG 2018 | = | Börsegesetz 2018 BGBl I 2017/107 |
| BoS | = | Board of Supervisors |
| BPräs | = | Bundespräsident |
| BReg | = | Bundesregierung |
| BRRD I | = | Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. 5. 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen |

(XVIII)

Kammel/Schütz (Hrsg), BaSAG, Titellei

| | |
|------------|--|
| | (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl L 2014/173, 190; Bank Recovery and Resolution Directive |
| BRRD II | = Richtlinie (EU) 2019/879 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. 5. 2019 zur Änderung der Richtlinie 2014/59/EU in Bezug auf die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungskapazität von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und der Richtlinie 98/26/EG, ABl L 2019/150, 296; Bank Recovery and Resolution Directive II |
| BS | = Bonitätsstufe |
| bspw | = beispielsweise |
| BVB | = Bezirksverwaltungsbehörde |
| BVG | = Bundesverfassungsgesetz |
| B-VG | = Bundesverfassungsgesetz BGBl 1930/1 |
| BVwG | = Bundesverwaltungsgericht |
| BWG | = Bankwesengesetz BGBl 1993/532 |
| bzgl | = bezüglich |
| bzw | = beziehungsweise |
| ca | = circa |
| CBSG | = Gruppen für die länderübergreifende Finanzmarktstabilität (Cross-Border Stability Groups) |
| CCP | = Zentrale Gegenparteien (Central Counter Parties) |
| CEBS | = Komitee der Europäischen Bankaufsichtsbehörden (Committee of European Banking Supervisors; Level 3-Komitee) |
| CET1 | = Core Equity Tier 1 |
| CfA | = Call for Advice |
| CG | = Corporate Governance |
| CGK | = Corporate Governance Kodex |
| CHF | = Schweizer Franken |
| CLN | = Credit Linked Note |
| CLO | = Collateralized Loan Obligation |
| CMG | = Krisenmanagementgruppen (Crisis Management Groups) |
| COM | = Europäische Kommission (European Commission) |
| CoCo-Bonds | = Contingent Convertible Bonds |
| COREP | = Common European Solvency Reporting |
| CP | = Konsultationspapier (Consultation Paper) |
| CRD | = Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. 6. 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG, ABl L 2013/176, 338 |
| CRD II | = Richtlinie 2009/111/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG, 2006/49/EG und 2007/64/EG hinsichtlich Zentralorganisationen zugeordneter Banken, bestimmter Eigenmittelbestandteile, Großkredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement, ABl L 2009/302, 97 |
| CRD III | = Richtlinie 2010/76/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG im Hinblick auf die Eigenkapitalanforderungen für |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|------------|---|
| CRD IV | = Handelsbuch und Wiederverbriefungen und im Hinblick auf die aufsichtliche Überprüfung der Vergütungspolitik, ABl L 2010/329, 3 |
| CRD V | = Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. 2. 2014 über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, ABl L 2014/60, 34 |
| CRM | = Kreditrisikominderung (Credit Risk Mitigation) |
| CRR | = Verordnung (EU) 2013/575 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. 6. 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2012/648, ABl L 176 vom 27. 6. 2013, 1 idF des Corrigendums, ABl L 2013/321, 6; Capital Requirement Regulation bzw CRR I |
| CRR I | = siehe CRR |
| CRR II | = Verordnung (EU) 2019/876 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. 5. 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in Bezug auf die Verschuldungsquote, die strukturelle Liquiditätsquote, Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, das Gegenparteiausfallrisiko, das Marktrisiko, Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien, Risikopositionen gegenüber Organismen für gemeinsame Anlagen, Großkredite, Melde- und Offenlegungspflichten und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012, ABl L 2019/150, 1 |
| CRR-E | = CRR-Entwurf |
| CRR-FI | = europäische(s) Finanzinstitut(e) |
| CRR-KI | = europäische(s) Kreditinstitut(e) |
| CVA | = Credit Valuation Adjustment |
| d | = deutsch, -e, -er, -es |
| Def | = Definition |
| delVO | = delegierte Verordnung |
| DepG | = Depotgesetz BGBl 1969/162 |
| ders | = derselbe |
| dh | = das heißt |
| di | = das ist |
| dies | = dieselbe |
| ds | = das sind |
| dSAG | = siehe auch SAG, dt Sanierungs- und Abwicklungsgesetz |
| DSB | = Datenschutzbehörde |
| DSG (2000) | = Datenschutzgesetz 2000 BGBl I 1999/165 |
| DSGVO | = Datenschutzgrundverordnung, VO (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. 4. 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG, ABl L 2016/199, 1 |

(XX)

Kammel/Schütz (Hrsg), BaSAG, Titelseite

| | | |
|----------|---|---|
| DSK | = | Datenschutzkommission |
| dt | = | deutsch, -e, -er, -es |
| DVO | = | Durchführungsverordnung |
| dVO LCR | = | Delegierte Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission vom 10. 10. 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liquiditätsdeckungsanforderung an Kreditinstitute, ABl L 2015/11, 1 |
| EAD | = | Exposure-at-Default |
| EBA | = | Europäische Bankaufsichtsbehörde (European Banking Authority) |
| EBA-BTS | = | Binding Technical Standard der EBA (Durchführungsstandard der EBA) |
| EBA-V(O) | = | Verordnung (EU) 1093/2010 des europäischen Parlaments und des Rates vom 24. 11. 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/78/EG der Kommission, ABl L 331, 15. 12. 2010, 12 idF Verordnung (EU) 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, ABl L 2014/225, 1 |
| ECB | = | European Central Bank (Europäische Zentralbank – EZB) |
| ECIIA | = | European Confederation of Institutes of Internal Auditing |
| ECOFIN | = | Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister |
| ecolex | = | Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht |
| ESFS | = | Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (European Financial Stability Facility) |
| EG | = | Europäische Gemeinschaft |
| EGMR | = | Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte |
| EGT | = | Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit |
| EGVG | = | Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 1991 |
| Einl | = | Einleitung |
| einschl | = | einschließlich |
| EIOPA | = | Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (European Insurance and Occupational Pensions Authority) |
| EK | = | Europäische Kommission |
| EK-V(O) | = | EK-Verordnung |
| EMIR | = | Verordnung (EU) 648/2012 des europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister, ABl L 2012/201, 1; European Market Infrastructure Regulation |
| EMRK | = | Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210 |
| Entw | = | Entwurf |
| EO | = | Exekutionsordnung RGBl 1896/79 (Legalabkürzung: BGBl I 2005/68) |
| EP | = | Europäisches Parlament |
| EPE | = | erwarteter positiver Wiederbeschaffungswert (Expected Positive Exposure) |

Abkürzungsverzeichnis

| | | |
|----------|---|--|
| Erk | = | Erkenntnis |
| Erl | = | Erläuterungen |
| ErläutRV | = | Erläuterungen zur Regierungsvorlage |
| ErlRV | = | siehe ErläutRV |
| ErwGr | = | Erwägungsgrund |
| ESA | = | Europäische Aufsichtsbehörden (European Supervisory Authorities), ds EBA, ESMA und EIOPA |
| ESAEG | = | Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz – ESAEG BGBl I 2015/117 idgF |
| ESFS | = | Europäische Finanzaufsichtssystem (European System of Financial Supervision) |
| ESM | = | Europäischer Stabilitätsmechanismus (European Stability Mecha- nism) |
| ESMA | = | Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (European Se- curities and Markets Authority) |
| ESRB | = | Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board) |
| ESS | = | Einlagensicherungssystem |
| ESAEG | = | Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. 4. 2014 über Einlagensicherungssysteme, ABl L 2014/173, 149 idF des ABl L 2014/309, 37 |
| ESZB | = | Europäisches System der Zentralbanken |
| et al | = | et alii/et aliae (und andere) |
| etc | = | et cetera |
| ETD | = | Exchange-traded Derivative |
| EU | = | Europäische Union |
| EuG | = | Europäisches Gericht erster Instanz |
| EuGH | = | Europäischer Gerichtshof |
| EUR | = | Euro |
| EU-SRM | = | Einheitliche Bankenabwicklungsmechanismus der EU (Single-Reso- lution-Mechanism) |
| EUV | = | Vertrag über die Europäische Union, ABl C 1992/191, 1 |
| ev | = | eventuell |
| EvBl | = | Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen in Österreichische Ju- risten-Zeitung |
| EVÜ | = | Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzu- wendende Recht BGBl III 1998/208 |
| EWG | = | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft |
| EWR | = | Europäischer Wirtschaftsraum |
| EWR-V | = | EWR-Vertrag BGBl 1993/909 |
| EZB | = | Europäische Zentralbank |
| f, ff | = | und der/die folgende/n |
| FAQ | = | Frequently Asked Questions (Interpretationsfragen, die von der EBA beantwortet werden) |
| FAS | = | Financial Accounting Standards |
| FASB | = | Financial Accounting Standards Board |
| FATF | = | Financial Action Task Force |
| FBG | = | Firmenbuchgesetz BGBl 1991/10 |
| FH | = | Finanz-Holdinggesellschaft |

(XXII)

Kammel/Schütz (Hrsg), BaSAG, Titelei

| | | |
|-----------------------|---|--|
| FI | = | Finanzinstitut(e) |
| Finanzkonglomerate-RL | = | Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. 12. 2002 über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen eines Finanzkonglomerats und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG, 79/267/EWG, 92/49/EWG, 92/96/EWG, 93/6/EWG und 93/22/EWG des Rates und der Richtlinien 98/78/EG und 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl L 035 vom 11. 2. 2003, 1 idF Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. 6. 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/48/EG und 2006/49/EG, ABl L 2013/176, 338 |
| FINREP | = | Common European Financial Reporting |
| FinStaG | = | Finanzmarktstabilitätsgesetz BGBl I 2008/136 |
| FinStrG | = | Finanzstrafgesetz BGBl 1958/129 |
| FKG | = | Finanzkonglomeratengesetz BGBl I 2004/70 |
| FMA | = | Finanzmarktaufsichtsbehörde |
| FMABG | = | Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz BGBl I 2001/97 |
| FMA-FriVerV 2020 | = | Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Verlängerung von Fristen im Jahr 2020 – FMA-Fristenverlängerungsverordnung 2020 (FMA-FriVerV 2020) und zur Änderung der FMA-Kostenverordnung 2016 (FMA-KVO 2016) BGBl II 2020/181 |
| FMA-GebV | = | Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde über die Gebühren der Finanzmarktaufsicht (FMA-Gebührenverordnung) BGBl II 2004/230 |
| FMA-IPV | = | Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die elektronische Einbringung (FMA-Incoming-Plattformverordnung) BGBl II 2010/184 |
| FM-GwG | = | Finanzmarkt-Geldwäschegesetz – FM-GwG BGBl I 2016/118 |
| FMSG | = | Finanzmarktstabilitätsgremium |
| FN | = | Fußnote |
| FOLTF | = | Failing or likely to fail |
| FS | = | Festschrift |
| FSB | = | Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board) |
| FW | = | Forderungswert (Exposure Value) |
| G | = | Gesetz(e) |
| G&V | = | Gewinn und Verlust |
| GedS | = | Gedenkschrift |
| gem | = | gemäß |
| Gen | = | Genossenschaft |
| GenG | = | Genossenschaftsgesetz RGBL 1873/70 |
| GFB | = | Gewichteter Forderungsbetrag |
| GFC | = | Global Financial Crisis |
| GG | = | Gesetzgeber |
| ggf | = | gegebenenfalls |
| GL | = | Geschäftsleitung, Geschäftsleiter, -in oder Guideline(s) |
| GmbH | = | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| GmbHG | = | GmbH-Gesetz RGBL 1906/58 |
| GO | = | Geschäftsordnung |

Abkürzungsverzeichnis

| | | |
|------------|---|---|
| GP | = | Gesetzgebungsperiode |
| GRC | = | Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 18. 12. 2000, ABl C 2000/354, 1 |
| grds | = | grundsätzlich |
| G-SIIs | = | Global Systemically Important Institutions |
| G-SRI | = | Globale Systemrelevante Institute |
| GuV | = | Gewinn- und Verlustrechnung |
| hA | = | herrschende Auffassung |
| HA | = | Hauptausschuss |
| HB | = | Handbuch |
| HGB | = | Handelsgesetzbuch (seit BGBl I 2005/120: UGB) |
| hL | = | herrschende Lehre |
| HLBA | = | Historical Look Back Approach |
| HLEG | = | High-level Expert Group |
| hM | = | herrschende Meinung |
| HQLA | = | hochliquide Aktiva (High Quality Liquid Assets) |
| Hrsg, hrsg | = | Herausgeber, herausgegeben von |
| HS | = | Halbsatz oder Handelsrechtliche Entscheidungen |
| HV | = | Hauptversammlung |
| IAS | = | International Accounting Standard(s) |
| IASB | = | International Accounting Standards Board |
| IASC | = | International Accounting Standards Committee |
| IAS-VO | = | Verordnung (EG) 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. 7. 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards, ABl L 2002/243, 1 |
| ICAAP | = | Beurteilung der Angemessenheit des Internen Kapitals (Internal Capital Adequacy Assessment Process) |
| idF | = | in der Fassung |
| idgF | = | in der geltenden Fassung |
| idR | = | in der Regel |
| idZ | = | in diesem Zusammenhang |
| ieS | = | im engeren Sinn |
| IFRIC | = | International Financial Reporting Interpretations Committee |
| IFRS | = | International Financial Reporting Standard(s) |
| iHv | = | in Höhe von |
| IIA | = | Institute of Internal Auditors |
| IKS | = | internes Kontrollsystem |
| ILAAP | = | Beurteilung der Angemessenheit der Internen Liquidität (Internal Liquidity Adequacy Assessment Process) |
| IMF | = | siehe IWF |
| insb | = | insbesondere |
| Inst | = | Institut, -e, -en |
| int | = | international, -e, -er, -es |
| InvFG 2011 | = | Investmentfondsgesetz 2011 BGBl I 2011/77 |
| IO | = | Insolvenzordnung RGBl 1914/337 (Legalabkürzung und Kurztitel: BGBl I 2010/29) |
| IPS | = | institutsbezogenes Sicherungssystem (Institutional Protection Scheme) |
| IR | = | Interne Revision |

(XXIV)

Kammel/Schütz (Hrsg), BaSAG, Titellei

| | |
|------------------|--|
| IRB | = Internal Ratings Based |
| IRB-A | = auf internen Ratings basierender Ansatz (Internal Ratings Based Approach) |
| IRZ | = Zeitschrift für internationale Rechnungslegung |
| iS | = im Sinne |
| ISA | = International Standards on Auditing |
| ISACA | = Information Systems Audit and Control Association |
| iSd | = im Sinne des/der |
| ISDA | = International Swaps and Derivatives Association |
| ISS | = Institutsspezifisches Sicherungssystem |
| iSv | = im Sinne von |
| IT | = Informationstechnologie (Information Technology) |
| ITS | = Technischer Durchführungsstandard (Implementing Technical Standard) |
| ITS Reporting | = Implementing Technical Standard Reporting |
| iVm | = in Verbindung mit |
| IWF | = Internationaler Währungsfonds (International Monetary Fund) |
| IWP | = Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer |
| iwS | = im weiteren Sinne |
| iZm | = im Zusammenhang mit |
| JB | = Juristische Blätter |
| JGS | = Justizgesetzsammlung, Gesetze und Verordnungen im Justizfach (1780–1848) |
| JN | = Jurisdiktionsnorm RGBI 1895/111 |
| JRAD-SREP | = Joint Risk Assessment – Supervisory Review Evaluation Process |
| JST | = Gemeinsame Aufsichtsteams von EZB und NCAs (Joint Supervisory Teams) |
| Jud | = Judikatur |
| JUS | = Jus-Extra, Beilage zur Wiener Zeitung |
| KAG | = Kapitalanlagegesellschaft |
| Kdm | = Kundmachung |
| KG | = Kommanditgesellschaft |
| KI | = Kreditinstitut(e) |
| KID-V | = Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über das Kundeninformationsdokument BGBl II 2011/265 idgF |
| KMG 2019 | = Kapitalmarktgesetz 2019 BGBl I 2019/62 |
| KMR | = Kapitalmarktrecht |
| KMU | = kleine(s) und mittlere(s) Unternehmen |
| KO | = Konkursordnung RGBI 1914/337 idF IRÄG 1982 BGBl 370 Art II (seit BGBl I 2010/29: IO) |
| Konzernbilanz-RL | = Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates Text von Bedeutung für den EWR, ABl L 2013/182, 19 |
| krit | = kritisch |

Abkürzungsverzeichnis

| | | |
|-----------------------------|---|--|
| KSA | = | Kreditstandardansatz |
| KSTA | = | Kreditrisiko-Standardansatz |
| KStG | = | Körperschaftsteuergesetz 1988 BGBl 1988/401 |
| KWG | = | dt Kreditwesengesetz |
| L | = | Lehre |
| LCR | = | Liquidity Coverage Ratio |
| leg cit | = | legis citatae |
| Lfg | = | Lieferung |
| LGBl | = | Landesgesetzblatt |
| LGD | = | Verlustquote bei Ausfall (loss given default) |
| lit | = | litera |
| Lit | = | Literatur |
| LSI(s) | = | Less Significant Institute(s) |
| lt | = | laut |
| LTV | = | loan to value |
| M | = | Laufzeit (Maturity) |
| Mapping-VO | = | CRR-Mappingverordnung BGBl II 2013/382 |
| max | = | maximal |
| mE | = | meines Erachtens |
| MEF | = | Mindesteigenmittelforderung |
| MEZ | = | mitteleuropäische Zeit |
| MiFID | = | Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente, zur Änderung der Richtlinien 85/611/EWG und 93/6/EWG des Rates und der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 93/22/EWG des Rates, ABl L 2004/145, 1; Markets in Financial Instruments Directive |
| MiFID II | = | Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. 5. 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU, ABl L 2014/173, 1 |
| mind | = | mindestens |
| Mio | = | Million(en) |
| MoU | = | Memoranda of Understanding |
| Mrd | = | Milliarde(n) |
| MREL | = | Minimum Requirements of Own Funds and eligible Liabilities |
| MS | = | Mitgliedstaat |
| MTF | = | Multilaterales Handelssystem (Multilateral Trading Facility) |
| Mündelsicherheitsverordnung | = | Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Bankwesengesetzes BGBl 1993/650 |
| mwN | = | mit weiteren Nachweisen |
| NBG | = | Nationalbankgesetz 1984 BGBl 1984/50 |
| NCA | = | National zuständige Behörde für die laufende Aufsicht (National Competent Authority); in Österreich die FMA |
| NCWO-Prinzip | = | No-Creditor-Worse-Of-Prinzip |
| nF | = | neue Fassung |
| NIFs | = | Note Issuance Facilities |
| Nov | = | Novelle |
| Nr | = | Nummer |

(XXVI)

Kammel/Schütz (Hrsg), BaSAG, Titelei

| | |
|---------|---|
| NR | = Nationalrat |
| NRA | = National zuständige Behörde für die Abwicklung von Banken (National Resolution Authority); in Österreich die FMA |
| NSFR | = Net Stable Funding Ratio |
| NZB | = Nationale Zentralbank |
| oa | = oben angeführte/n |
| oä | = oder ähnliche |
| ÖBA | = Österreichisches Bankarchiv |
| ÖCGK | = Österreichischer Corporate Governance Kodex |
| OCI | = Other Comprehensive Income |
| OECD | = Organization for Economic Co-Operation and Development |
| OeKB | = Österreichische Kontrollbank |
| OeNB | = Oesterreichische Nationalbank |
| OG | = Offene Gesellschaft |
| OGAW | = Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren |
| OGAW-RL | = Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. 7. 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW), ABl L 2009/302, 32 |
| OGH | = Oberster Gerichtshof |
| ÖJT | = Österreichischer Juristentag |
| ÖJZ | = Österreichische Juristenzeitung |
| OLG | = Oberlandesgericht |
| O-SIIs | = Other Systemically Important Institutions |
| ÖSpZ | = Österreichische Sparkassenzeitung |
| O-SRI | = anderweitig systemrelevante Institute |
| österr | = österreichisch, -e, -er, -es |
| OT1 | = Other Tier 1 |
| OTC | = Over the Counter |
| ÖVAG | = Österreichische Volksbanken-AG |
| ÖZW | = Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht |
| P/L | = Profit(s)/Loss(es) |
| PD | = Ausfallswahrscheinlichkeit (probability default) |
| PEPs | = Politisch Exponierte Personen |
| Pkt | = Punkt |
| PS | = Prüfungsstandard |
| PSG | = Privatstiftungsgesetz BGBl 1993/694 |
| PSK | = Postsparkasse |
| RA | = Rechtsanwalt |
| RAO | = Rechtsanwaltsordnung RGBl 1868/96 |
| RdW | = Recht der Wirtschaft |
| REC | = Recommendations |
| RGBl | = Reichsgesetzblatt |
| RL | = Richtlinie |
| RLG | = Rechnungslegung |
| Rs | = Rechtssache |
| RSF | = Required Stable Funding-Faktor |
| Rsp | = Rechtsprechung |

Abkürzungsverzeichnis

| | | |
|-----------------------|---|---|
| RTS | = | Technischer Regulierungsstandard (Regulatory Technical Standard) |
| RV | = | Regierungsvorlage |
| RWA | = | risikogewichtete Aktiva (risk weighted assets) |
| RW-VG | = | Referenzwerte-Vollzugsgesetz BGBl I 2017/93 |
| Rz | = | Randzahl |
| RZ | = | Österreichische Richterzeitung |
| S | = | Satz, Seite |
| s | = | siehe |
| sa | = | siehe auch |
| SAG | = | siehe auch dSAG, dt Sanierungs- und Abwicklungsgesetz |
| SI(s) | = | Significant Institute(s) |
| so | = | siehe oben |
| sog | = | sogenannt, -e, -er, -es |
| SPEs | = | Special Purpose Entities |
| Spk | = | Sparkasse(n) |
| SPOC | = | Single Point of Contact |
| SPV | = | Special Purpose Vehicle |
| SRB | = | Einheitliche Europäische Abwicklungsbehörde (Board oder Single Resolution Board) |
| SREP | = | Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process) |
| SRI | = | Systemrelevantes Institut |
| SRM | = | Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism) |
| SRMR | = | siehe SRM-V(O) |
| SRM-V(O) | = | Verordnung (EU) 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. 7. 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 1093/2010, ABl 2014/225, 1; Single Resolution Mechanism Regulation |
| SRMV-Anpassungsgesetz | = | Änderung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes, des Bankwesengesetzes, des Finanzmarktaufsichtsbehördengesetzes, des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes, des Nationalbankgesetzes 1984 und des Versicherungsaufsichtsgesetzes 2016 BGBl I 2015/159 |
| SREP | = | Supervisory Review Evaluation Process |
| SSM | = | Einheitlicher Europäischer Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism) |
| SSM-Rahmen-V(O) | = | Verordnung 468/2014 der Europäischen Zentralbank vom 16. 4. 2014 zur Errichtung eines Rahmenwerks für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Zentralbank und den nationalen zuständigen Behörden und den nationalen benannten Behörden innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (EZB/2014/17) (SSM-Rahmenverordnung), ABl L 2014/141, 1 |
| SSM-V(O) | = | Verordnung (EU) 2013/1024 des Rates vom 15. 10. 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank, ABl L 2013/287, 63 |

(XXVIII)

Kammel/Schütz (Hrsg), BaSAG, Titellei

| | | |
|-------------------------|---|--|
| StGB | = | Strafgesetzbuch BGBl 1974/60 |
| str | = | strittig |
| stRsp | = | ständige Rechtsprechung |
| STS | = | Safe Transparent Standardized |
| sublit | = | sublitera |
| SV | = | Sachverhalt oder Sachverständige |
| SZ | = | Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivil- (und Justizverwaltungs-)sachen |
| T1 | = | Tier 1 |
| T2 | = | Tier 2 |
| taxlex | = | Zeitschrift für Steuer und Beratung |
| TransV 2018 | = | Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über Inhalte von Zwischenberichten, Meldungen über Änderungen bedeutender Beteiligungen und die Gleichwertigkeit von vorgeschriebenen Informationen aus Drittländern (Transparenz-Verordnung 2018) BGBl II 2017/392 |
| tw | = | teilweise |
| u | = | und |
| ua | = | unter anderem, und andere |
| Unterabs | = | Unterabsatz |
| uÄ | = | und Ähnliche/s |
| uam | = | und andere, -s mehr |
| UCITS | = | Undertakings for Collective Investment in Transferable Securities; siehe auch OGAW |
| UCITS-IV | = | siehe OGAW-RL |
| udgl | = | und dergleichen |
| uE | = | unseres Erachtens |
| UGB | = | Unternehmensgesetzbuch dRGBL. S 219/1897 (bis BGBl I 2005/120: HGB) |
| UK | = | Vereinigtes Königreich (United Kingdom) |
| UN | = | Vereinte Nationen (United Nations) |
| Unterabs | = | siehe UA |
| UStG | = | Umsatzsteuergesetz 1994 BGBl 1994/663 |
| uU | = | unter Umständen |
| uva | = | und viele andere |
| UVS | = | Unabhängige(r) Verwaltungssenat(e) BGBl 1995/855 |
| v | = | von, vom |
| V | = | Verordnung |
| va | = | vor allem |
| VAG | = | Versicherungsaufsichtsgesetz BGBl 1978/569 |
| VbVG | = | Verbandsverantwortlichkeitsgesetz BGBl 2005/151 |
| VERA-V | = | Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zum Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis (Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung) BGBl II 2006/471 |
| Verh | = | Verhandlung |
| verstSen | = | verstärkter Senat |
| VeröffentlichungsV 2018 | = | Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über den Inhalt und die Form der Veröffentlichungen im Zusammenhang mit dem Rückerwerb und/oder der Veräußerung eigener Aktien sowie |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|------------|--|
| | der Einräumung von Aktienoptionen (Veröffentlichungsverordnung 2018) BGBl II 2018/13 |
| VfGG | = Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 BGBl 1953/85 (Legalabkürzung: BGBl I 2001/136) |
| VfGH | = Verfassungsgerichtshof |
| VfSlg | = Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes |
| vgl | = vergleiche |
| vH | = von Hundert |
| VKrG | = Verbraucherkreditgesetz BGBl I 2010/28 |
| VO | = Verordnung |
| Vorbem | = Vorbemerkung(en) |
| VO-UA | = Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse (Anlage 1 des Bundesgesetzes vom 4. Juli 1975 über die Geschäftsordnung des Nationalrates [Geschäftsordnungsgesetz 1975] BGBl 1975/410) |
| VStG | = Verwaltungsstrafgesetz 1991 BGBl 1991/52 |
| VVG | = Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 BGBl 1991/53 |
| VWG | = Verwaltungsgesellschaft |
| VwG | = Verwaltungsgericht |
| VwGG | = Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 BGBl 1985/10 |
| VwGH | = Verwaltungsgerichtshof |
| VwGVG | = Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz BGBl I 2013/33 |
| WAG | = Wertpapieraufsichtsgesetz BGBl 1996/753 |
| WAG 2007 | = Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 BGBl 2007/60 |
| WAG 2018 | = Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 BGBl I 2017/107 |
| wbl | = Wirtschaftsrechtliche Blätter, Beilage zu Juristische Blätter |
| WP | = Wertpapier, -e oder Wirtschaftsprüfer |
| WPDLU | = Wertpapierdienstleistungsunternehmen |
| WPF | = Wertpapierfirma |
| WTBG | = Wirtschaftstreuhandberufsgesetz BGBl I 2013/121 |
| WV | = Wiederverlautbarung |
| Z | = Ziffer, Zahl |
| ZaDiG 2018 | = Zahlungsdienstegesetz 2018 BGBl I 2018/17 |
| zB | = zum Beispiel |
| ZBB | = siehe ZBB/JBB |
| ZBB/JBB | = (dt) Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft/Journal of Banking Law and Banking |
| ZFR | = Zeitschrift für Finanzmarktrecht |
| ZI | = Zahlungsinstitut oder Zentralinstitut |
| zit | = zitiert |
| ZO | = Zentralorganisation |
| ZP | = Zusatzprotokoll |
| ZPO | = Zivilprozessordnung RGBl 1895/113 |
| zT | = zum Teil |
| zust | = zustimmend |
| ZustG | = Zustellgesetz BGBl 1982/200 |

(XXX)

Kammel/Schütz (Hrsg), BaSAG, Titelei

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band IX: Kreditsicherheiten – Teil II (2011)
- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band IV: Kreditgeschäft² (2012)
- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band VIII: Kreditsicherheiten – Teil I (2012)
- Avancini/Iro/Koziol*, Österreichisches Bankvertragsrecht I (1987)
- Boos/Fischer/Schulte-Mattler* (Hrsg), KWG, CRR-VO. Kommentar zu Kreditwesengesetz, VO (EU) Nr. 575/2013 (CRR) und Ausführungsvorschriften⁵ (2016)
- Brandl/Saria* (Hrsg), Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 – Kommentar² (ab 2018)
- Chini/Oppitz*, BWG. Kommentar (2011)
- Chini/Oppitz*, BWG/CRR – Kommentar II² (2018)
- Dellinger* (Hrsg), Bankwesengesetz. Kommentar (ab 2007)
- Dellinger/Blume* (Hrsg), CRR-Kommentar (ab 2018)
- Diwok/Göth*, Bankwesengesetz (2005)
- FMA/OeNB*, Handbuch zur Bankenaufsicht in Österreich (2008)
- Hartmann-Wendels/Pfingsten/Weber*, Bankbetriebslehre⁷ (2019)
- Jahn/Schmitt/Geier*, Handbuch Bankensanierung und -abwicklung (2016)
- Kammel*, Einführung in das Bank- und Kapitalmarktrecht² (2019)
- Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka* (Hrsg), BWG⁴ (ab 2017)
- Luz/Neus/Schaber/Schneider/Wagner/Weber* (Hrsg), KWG und CRR. Kommentar zu KWG, CRR, SolvV, WuSolvV, GroMiKV, LiqV und weiteren aufsichtsrechtlichen Vorschriften³ (2015), Ergänzungsband (2019)
- Pannen* (Hrsg), Sanierung – Abwicklung – Insolvenz bei Kreditinstituten⁴ (2020)
- Reisenhofer/Galostian Fard/Habliczek*, Sanierung und Abwicklung von Banken – BaSAG² (2019)

